

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	483
		TOP:	24
Verhandlung		Drucksache:	768/2017
		GZ:	StU
Sitzungstermin:	10.10.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Faßnacht / pö		
Betreff:	Mehrfachbeauftragung für die städtebauliche Entwicklung des Areals zwischen Kriegsberg-, Jäger-, Ossietzkystraße u. Heilbronner Straße in S-Mitte - Benennung der Preisrichter als Unterausschuss des UTA		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 26.09.2017, nicht öffentlich, Nr. 451

Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau und Umwelt vom 20.09.2017, GRDRs 768/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Bildung eines Unterausschusses Mehrfachbeauftragung für die städtebauliche Entwicklung des Areals zwischen Kriegsberg-, Jäger-, Ossietzkystraße und Heilbronner Straße in Stuttgart-Mitte des Ausschusses für Umwelt und Technik mit der in Anlage 1 beigefügten Besetzung wird zugestimmt.
2. Der Mehrfachbeauftragung wird zugestimmt.

BM Pätzold informiert zunächst die über die Preisrichterinnen und Preisrichter, die von den Fraktionen gemeldet wurden. Dies sind:

ordentliche Mitglieder: StR Kotz (CDU), StRin Munk (90/GRÜNE), StRin Kletzin (SPD) und StR Pantisano (SÖS-LINKE-PluS)

stellvertr. Mitglieder: StRin Porsch (CDU), StR Stopper (90/GRÜNE), StRin von Stein (FW), StR Klingler (AfD).

StRin Munk (90/GRÜNE) erinnert daran, dass der Bebauungsplan schon aufgestellt und eingeleitet wurde. Der Bezirksbeirat Nord habe gefordert, den Wohnanteil insgesamt zu erhöhen, was vom Ausschuss mitgetragen worden sei. In der Mehrfachbeauftragung sei ein Teil aus dem Bebauungsplangebiet herausgegriffen und nochmals unterteilt worden in Ostteil, Westteil und Ideenteil, wobei nur in einem untergeordneten Bereich Wohnen vorgesehen sei. Da aber insgesamt im Gebiet der Wohnanteil erhöht werden soll, beantrage ihre Fraktion, auch in den Ostteil einen Wohnanteil hereinzubringen. Dies soll in den Auslobungstext aufgenommen werden, um eine Belebung des Stadtteils auch nachts zu gewährleisten.

BM Pätzold stellt klar, bisher seien im Ostteil keine Wohnungen geplant. Es handle sich nicht um städtische Flächen, doch könne er sich vorstellen, dass der Ausschuss dem Investor an die Hand gibt, im Wettbewerb zu prüfen, ob ein zusätzlicher Wohnanteil machbar ist. StRin Munk wendet ein, schlussendlich gebe die Stadt die Stadtplanung vor und nicht der Investor. Dem stimmt der Vorsitzende zu, weist aber darauf hin, dass, sobald Wohnungsbau gemacht wird und der Bebauungsplan es zulässt, SIM greift. Da der Investor derzeit aber gar nicht vorhabe, Wohnungsbau zu machen, müsse man mit ihm ein Gespräch führen. Bei der Preisrichtervorbesprechung sei auch der Auslober anwesend. Seines Erachtens lohnt es sich, dann diesen Wunsch des Ausschusses an ihn heranzutragen, sodass es vielleicht gelingen könnte, diese Prüfung in der Auslobung aufzugeben.

StR Pantisano (SÖS-LINKE-PluS) pflichtet StRin Munk bei, wonach Stadtplanung in der Regel durch die Stadt erfolgt und nicht durch Investoren. Es sei in Stuttgart aber oft umgekehrt, weshalb dieses Beispiel zeige, "wie man es eigentlich nicht machen sollte". Er fragt, warum in einem Fall wie diesem, wo ein Teil der Fläche der Stadt gehört, der Investor die Auslobung macht in einem "Mini-Wettbewerb". Außerdem will er - insbesondere angesichts der vom Auslober gesetzten Preisrichter - wissen, wer entschieden hat, so vorzugehen. Der Städtebauausschuss habe bemängelt, dass er solche Projekte immer erst vorgelegt bekomme, wenn bereits darüber entschieden ist. Sollte der Städtebauausschuss überflüssig sein, so könne man ihn abschaffen. Der Stadtrat spricht sich dafür aus - und dies erhebt er zum Antrag -, das Projekt zurückzusetzen und zuerst im Städtebauausschuss zu diskutieren, bevor es eine Auslobung gibt. Die Fraktionsgemeinschaft lehne es darüber hinaus ab, dort ein weiteres Hotel zu erbauen.

BM Pätzold weist die Kritik zurück. Er macht darauf aufmerksam, die Grundlage sei der Rahmenplan, der vor Jahren im Kontext mit der IHK-Bebauung beschlossen wurde. Zuvor hatte schon länger die Idee bestanden, über das ganze Quartier einen Rahmenplan zu legen. Insofern habe die Verwaltung, als der Investor - dem das Grundstück gehöre - kam und einen Wettbewerb machen wollte, darum gebeten, auch das städtische Grundstück darin einzubeziehen. Dieses sei Teil des damaligen Rahmenplans gewesen, und der Gemeinderat habe sehr viel Wert auf eine gewisse Sicht- und Grünverbindung dort gelegt. Dem Städtebauausschuss sei dieser Rahmenplan bekannt. Lei-

der sei es nicht möglich, alle Wettbewerbe vorher in den Städtebauausschuss zu bringen. In diesem Bereich bestehe zudem ein Städtebaulicher Vertrag, an welchen man sich halten müsse. Deutlich widerspricht der Vorsitzende auch der These, dass die Investoren über die Stadtplanung bestimmen. "Der Investor bestimmt darüber auf seiner Fläche, wir auf unserer Fläche, weil wir gesagt haben, auf der Teilfläche der Stadt Stuttgart soll mindestens 30 % Wohnen geschehen."

Die Einladung zur Preisrichtervorbesprechung, wo es notwendig sei, die besprochenen Themen anzubringen, erfolge in Kürze.

Er lässt über den Antrag, das Projekt zu schieben, um zuerst im Städtebauausschuss zu beraten, abstimmen und stellt fest, dass dieser Antrag bei 2 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt ist. Anschließend lässt er über den Antrag, wonach im weiteren Verlauf auch für den Vertiefungsbereich Teilfläche Ost ein Anteil Wohnen innerhalb des Wettbewerbs geprüft werden und Teil der Auslobung sein soll, abstimmen und hält dazu einmütige Zustimmung fest.

Abschließend stellt er fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik beschließt bei 3 Nein-Stimmen mehrheitlich wie beantragt.

Zur Beurkundung

Faßnacht / pö

Verteiler:

- I. Referat StU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (5)
Baurechtsamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB/82
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
 5. Referat T
Stadtmessungsamt (2)
Tiefbauamt (2)
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (2)
 6. BVin Mitte
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN